



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG • REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTT GART • REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Das Regierungspräsidium Freiburg, Regionaler Sonderstab Gefährliche Ausländer verarbeitet in Ausweisungs- und Verlustfeststellungsverfahren sowie in Verfahren zur Änderung der Befristung von Wiedereinreise- und Aufenthaltsverboten personenbezogene Daten i.S.d. Art. 4 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst.

Mit den nachfolgenden Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Regierungspräsidium Freiburg,
Regionaler Sonderstab Gefährliche Ausländer
Schwendistraße 12, 79102 Freiburg
Telefon:0761/208-0
Email: Sonderstab.Freiburg@rpf.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgender E-Mail-Adresse und Telefonnummer:

E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de; Telefon: 0761 208-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zwecke

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung folgender Aufgaben.

- Ausweisung von Ausländern aus der Bundesrepublik Deutschland (bei Personen außerhalb der EU)
- Feststellung des Verlusts des Rechts auf Einreise und Aufenthalt (bei EU-Ausländern)
- Erlass und Befristung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots
- nachträgliche Änderung der Befristung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots

b) Rechtsgrundlagen

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten gemäß § 86 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), i.V.m § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) und Art. 6 Abs. e) DSGVO.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten insbesondere folgende Daten:

- Vor- und Nachname
- Geburtsdatum
- Staatsangehörigkeit
- Aufenthaltsstatus
- Daten mit Bezug zu Ausweisungs- und Verlustfeststellungsverfahren

5. Woher stammen Ihre Daten?

Wir verarbeiten vor allem die personenbezogenen Daten, die wir von öffentlichen Stellen erhalten haben. Darüber hinaus verarbeiten wir im Einzelfall auch Daten, die wir im Internet erhoben haben.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden von uns im Rahmen der Bearbeitung Ihres Verfahrens erfasst, gespeichert und anlassbezogen zu dem genannten Zweck verwendet.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, werden nur dann an andere Stellen weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern auf Grund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können gehören

- Ministerien
- untere Ausländerbehörden
- Polizeibehörden
- Gerichte
- Staatsanwaltschaften

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Sie können dazu gesetzlich dazu verpflichtet sein, bestimmte personenbezogene Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 49 Abs. 2 AufenthG. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben kann dies zur Folge haben, dass Zwangsmaßnahmen durchgeführt oder Bußgeld oder Strafverfahren eingeleitet werden.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die Daten werden nach ihrer Erhebung nur so lange gespeichert, wie dies für die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgabe und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist.

Im Falle einer Ausweisung, Verlustfeststellung, Zurückschiebung und Abschiebung werden die Daten 10 Jahre nach Ablauf der Einreise- und Titelerteilungssperre gelöscht.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten.

Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung.

Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren

erfolgt. Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO).

Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechende Adressen finden Sie unter Ziff. 2.

Sie können sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW) wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Baden-Württemberg (LfDI BW)

Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711/61 55 41 – 0; Telefax: 0711/61 55 41 – 15

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>